

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren! Ich **schließe** die **Beratung** zum Einzelplan 10.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich lasse erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3585** - Stichwort: "Schließung nicht TASI-konformer Deponien" - abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Ich lasse zweitens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3586** mit dem Stichwort: "Agrarinvestitionsförderungsprogramm" abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den **Einzelplan 10** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3510**. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, der mag das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 10 gemäß der Beschlußempfehlung mit Mehrheit **angenommen**.

(B)

Ich rufe auf:

Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Justiz

Dieser Einzelplan besteht aus den Teilbereichen a) Inneres und b) Justiz.

Ich weise hin auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/3503 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 12/3587 bis 12/3589.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal eine Feststellung treffen: Es war für die Rednerin vorhin unerträglich. Wenn Sie das Bedürfnis haben, sich eine Weile unterhalten zu wollen, wird das Präsidium diesem Wunsch gerne entsprechen und einmal eine Pause einlegen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich **eröffne** die **Beratung** zum Teilbereich

a) Inneres

und erteile Herrn Kollegen Paus für die Fraktion der CDU das Wort. (C)

Heinz Paus (CDU): Guten Morgen, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich richtig gerechnet habe, sollen von der Regierung im Jahr 1999 13 Milliarden DM für Justiz und Innere Verwaltung ausgegeben werden. Das soll ich in 10 Minuten Redezeit kommentieren. Das sind pro Minute 1,3 Milliarden DM. Sie sehen, das ist ein unmögliches Unterfangen. Deshalb will ich mich auf einige Anmerkungen zum Haushalt beschränken.

Erstens. Durch die erste Ergänzungsvorlage, die zum Haushalt präsentiert worden ist, werden die im Haushaltsentwurf ursprünglich noch getrennten Haushalte von Justiz und Innen auch organisatorisch zusammengefaßt. Es ist der Nachvollzug der verfassungspolitisch und verfassungsrechtlich verfehlten Verschmelzung der Ressorts. Dazu wird sich anschließend meine Kollegin Opladen eingehend äußern. Lassen Sie mich dazu nur feststellen: Die Zusammenfassung der Ressorts trifft nicht nur bei der Justiz auf einhellige Ablehnung, sie ist nicht nur bei den Rechtspolitikern über die Parteigrenzen hinweg auf pures Unverständnis gestoßen, auch die Polizei unseres Landes lehnt die Entscheidung des Ministerpräsidenten ab. Das hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Herr Swienty, in der Anhörung der Fraktionen ausdrücklich festgestellt. (D)

Der Ministerpräsident hat, um der von uns beantragten einstweiligen Verfügung zuvorzukommen, die Zusage gegeben, daß keine weitere organisatorische Zusammenführung stattfindet. Deshalb erwarten wir, daß Sie unserem Änderungsantrag zustimmen, mit dem wir den Test durchführen, was von den Worten des Ministerpräsidenten hier im Hause zu halten ist.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeier [SPD]: Was soll denn so eine Bemerkung?)

Wenn Sie aus diesem Grund unserem Antrag nicht zustimmen wollen, dann tun Sie es zumindest in Respekt vor dem Verfassungsgericht, das bald nach dem 19. Januar 1999 entscheiden wird. Sollte Sie selbst das nicht überzeugen, dann tun Sie es aus Eigeninteresse; denn ich ge-

(Heinz Paus [CDU])

(A) he davon aus, daß Sie sonst schon in den ersten Monaten des neuen Jahres gezwungen sein werden, aufgrund einer in unserem Sinne positiven Entscheidung des Landesverfassungsgerichtshofs einen Nachtragshaushalt zu präsentieren.

(Zuruf von der SPD: Hellseher! - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Da kriegen Sie noch nicht einmal Beifall aus Ihren eigenen Reihen, zu solchen dämlichen Bemerkungen!)

- Herr Dammeyer, Sie sind sicherlich ein guter Schiedsrichter. Sie werden sich gleich selbst noch äußern.

Zweitens. Die Personalmisere der Polizei ist das Dauerproblem der inneren Sicherheit in unserem Land. Mit noch so schönen Berechnungen können Sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß Nordrhein-Westfalen mit die schlechteste Polizeidichte bundesweit hat. Bei uns kommen zur Zeit auf einen ausgebildeten Polizeibeamten 425 Bürger, in Bayern und auch in den meisten neuen Ländern sind das weit unter 380 Bürger auf einen Polizeibeamten.

(B) Die Personalmisere in unserem Land ist einer der Gründe dafür, daß unsere Polizei in der Verbrechensbekämpfung nicht so erfolgreich sein kann wie zum Beispiel die Bayern. So liegt die Aufklärungsquote in Bayern bei 64% - 64% aller Straftaten werden aufgeklärt -, während sie bei uns bei 50% liegt. Das hat natürlich wesentlich mit dem konsequenten Vorgehen der bayerischen Polizei gegen jede Form von Kriminalität zu tun, ist aber nicht zuletzt auch eine Folge der entschieden besseren Personalausstattung in Bayern.

In dieser Situation, meine Damen und Herren, darf es keinen weiteren Personalabbau geben. Sie werden hier gleich wieder verkünden, daß es in den letzten Jahren zusätzliche Einstellungen und noch nie so viele Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen gegeben habe. Das ist nichtssagend.

Schon in den 70er Jahren wurde bundesweit vereinbart, daß mindestens eine Polizeidichte von einem Beamten auf 400 Bürger erforderlich ist. Davon sind wir meilenweit entfernt, während die Bayern und viele andere Bundesländer schon deutlich unter 400 liegen.

Dabei müssen wir wissen, daß die effektive Jahresarbeitszeit der Polizei seit den 70er Jahren drastisch zurückgegangen ist. Das gilt sowohl für die Wochen- als auch für die Jahresarbeitszeit, weil durch Ausbildung und Fortbildung, zum Bei-

spiel das FH-Studium, Beamte vor Ort viel weniger verfügbar sind. (C)

Auf der anderen Seite hat sich die Kriminalität seit dieser Zeit verdoppelt. Auch das Einsatzgeschehen im Straßenverkehr ist durch die extreme Zunahme der Pkw-Zulassungen in den letzten Jahren gekennzeichnet. Damit muß die Polizei in Nordrhein-Westfalen mit den personellen Bordmitteln der 70er Jahre fertig werden. Deshalb wird zum Beispiel die kleine und mittlere Kriminalität weitgehend nur verwaltet.

Unter diesen Voraussetzungen ist ein Personalabbau deshalb unverantwortlich. Sie begründen ihn damit, daß wegen der geringeren Pensionierungen in den letzten Jahren über den Ersatzbedarf hinaus Beamte in die Polizei gekommen seien. Diesen angeblichen Überhang wollen Sie abbauen. Meine Damen und Herren, einen solchen Überhang gibt es nicht. Wohlweislich hat die Landesregierung bisher keine wirkliche Personalbedarfsrechnung der Polizei aufgestellt. Denn diese würde erbringen, daß es bei der Polizei keinen Personalüberhang, sondern nach wie vor einen extremen Personalbedarf gibt.

Auch die belastungsbezogene Kräfteverteilung ist nichts anderes als eine schlichte Mangelverteilung, weil das vorhandene Personal nach dem Einsatzgeschehen einigermaßen gerecht über das Land verteilt wird. Deshalb muß es zumindest bei der derzeitigen Personalstärke bleiben, das heißt, daß die für den Nachersatz erforderlichen 1 000 Anwärter auch tatsächlich eingestellt werden müssen. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu diesem Thema zu! (D)

Drittens. Herr Innenminister, Ihr Vorgänger Herbert Schnoor hat die Alternative "entweder mehr Polizei oder bessere Bezahlung" präsentiert. Er hat erklärt, daß er nach Absprache mit den Polizeigewerkschaften die Alternative gewählt habe, zusätzliches Geld für die Polizei für bessere Beförderungsmöglichkeiten auszugeben. Diese Zusage steht aber bis heute noch aus.

Sie werden hier gleich versuchen, eine Erfolgsrechnung zu präsentieren und eine erheblich verbesserte Beförderungssituation bei der Polizei vorzurechnen, Herr Kollege Jentsch. Dazu sage ich Ihnen: Das war bis heute im wesentlichen eine reine Umetikettierung, die für den Landeshaushalt weitgehend kostenneutral war.

Wir haben im Zuge der Haushaltsberatung im Innenausschuß konkret nachgefragt, ob die bishe-

(Heinz Paus [CDU])

- (A) rigen Beförderungsaktionen tatsächlich zusätzliches Geld gekostet haben. Die Antwort war ausweichend und nichtssagend. Deshalb teile ich die Auffassung der Gewerkschaften, daß bislang nur Kosten für neue Dienstgradabzeichen entstanden sind. So haben Beamte des Endamtes des gehobenen Dienstes statt einer Reihe grüner Sterne jetzt zwei oder einen silbernen Stern auf der Schulter. Auf ihrem Konto hat sich aber bis heute nicht viel getan. Hinzu kommt, daß die Beförderungsaktionen im Bereich des mittleren Dienstes vor allem dadurch finanziert worden sind, daß man entsprechende Beförderungen im gehobenen Dienst unterlassen hat.

Mit Ihrer bisherigen Funktionsreform und Ihrer Säulen-Theorie haben Sie eine Menge Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten in die Polizei hineingetragen. Wie wollen Sie einem Beamten, der nach einem Auswahlverfahren und einem Lehrgang bei der höheren Landespolizeischule die zweite Fachprüfung absolviert hat, erklären, daß der, der im Auswahlverfahren durchgefallen ist, jetzt über die Beförderung in der ersten Säule als Oberkommissar oder sogar Hauptkommissar an ihm vorbeizieht? Das ist völlig demotivierend. Wie soll Leistungsbereitschaft entstehen, wenn die Leistungsbereiten abgestraft werden und diejenigen, die sich eher zurückhalten, Karriere machen? Sie haben das, Herr Kollege Jentsch, erkannt. Aber das Rezept, das Sie anbieten, in der ersten Säule zu bremsen und damit wieder für den Landeshaushalt Geld einzusparen, ist eine weitere Ungerechtigkeit, die bei den Beamten im Lande sicherlich nicht verstanden wird.

- (B) Viertens. Kostenerstattung für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge! Auch in diesem Haushalt unternimmt die Landesregierung einen weiteren großen Schritt auf ihr Ziel hin, den Kommunen diese rein staatliche Aufgabe auf Dauer komplett zuzuschancen. Die Landesregierung rühmt sich in Sonntagsreden ihrer Kommunalfreundlichkeit. Am Beispiel der Erstattung der Kosten für Asylbewerber und Flüchtlinge kann man sehen, was davon im Tagesgeschäft zu halten ist: nichts, überhaupt nichts!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ursprünglich gab es eine 50%ige Kostenerstattung für die De-facto-Flüchtlinge. Das ist lange Geschichte. Dann sollte bei den Bürgerkriegsflüchtlingen gezahlt werden. Das haben wir lange diskutiert. Die Landesregierung fand warme Worte, gezahlt wurde nicht. Schließlich gab es auf

unser Drängen eine 50%ige Beteiligung. Die Kommunen mußten sich beim Landesverfassungsgericht die anderen 50 % einklagen. Diese sind seit dem 1. Januar 1998 komplett gestrichen. Das Land hat damit die Kommunen erneut auf den Klageweg getrieben. (C)

Abgelehnte Asylbewerber bleiben oft mehr als zwei Jahre nach Ablehnung ihres Asylgesuchs in der Bundesrepublik Deutschland, in unseren Kommunen. Die Kommunen bekommen für ganze drei Monate nach rechtskräftiger Ablehnung Geld. Auch dagegen klagen die Kommunen zu Recht.

Jetzt wird mit der Befrachtung des GFG der letzte Schritt des Landes vorbereitet. Die Versorgung der Flüchtlinge soll komplett von den Kommunen bezahlt werden. Das ist unverantwortlich, das muß verhindert werden, meine Damen und Herren. Deshalb fordere ich Sie auf: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu!

Herr Kollege Appel, ich verstehe nicht, daß die GRÜNEN das mitmachen. Dadurch wird doch in den Kommunalparlamenten wieder eine Diskussion zu Lasten der Flüchtlinge ausgelöst. Die Kämmerer müssen erklären, daß sie kein Geld für die freie Spitze haben, weil das Geld für die Versorgung der Flüchtlinge vor Ort gebraucht wird und weil sie das Geld nicht mehr aus dem Landeshaushalt bekommen. Damit machen Sie die Flüchtlinge genau zu dem, was Sie nach Ihren Erklärungen nicht wollen: zu den Prügelknaben in der Diskussion vor Ort. Das kann nicht in unserem Interesse sein. (D)

Letzte Anmerkung: Flüchtlingsarbeit! Was hier mit den Mitteln für die soziale Betreuung der Flüchtlinge abgelaufen ist, war und ist eine Riesensauerei. Ich habe schon beim Durchlesen des Haushaltsentwurfs gesagt: Die Kürzung der Mittel für die AWO, die Caritas, die Diakonie und die sonstigen freien Träger, die wertvolle Arbeit leisten, um 90 % kann nicht ernst gemeint sein. Ich habe gesagt: Hier wird die übliche Spielwiese eröffnet, Herr Kollege Jentsch: Der Finanzminister streicht, die Regierungsfractionen werden nach mannhaftem Einsatz diese Position wieder auf 100 % hochfahren und sich dafür landauf, landab feiern lassen. Ich kann Ihnen Briefe zitieren, mit denen Sie das zelebriert haben. Genauso ist es gekommen. Nur, meine Damen und Herren: Es ist schäbig, daß Ihre Fraktion, Herr Kollege Appel, bei diesem miesen Spiel mitgemacht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Heinz Paus [CDU])

- (A) Die hauptlichen Mitarbeiter in den Einrichtungen mußten um ihre Jobs fürchten, die Kommunen standen vor der Frage, noch ein weiteres Problem vor Ort übernehmen zu müssen, die Trägerverbände haben sich in großer Sorge auf den Weg nach Düsseldorf gemacht und uns bestürmt, diese Kürzung zu verhindern. Es zeugt von der Arroganz der Macht, daß Sie den Einrichtungen und den dort Beschäftigten, die in existentieller Sorge um den Arbeitsplatz waren, in Ihrem politischen Spiel eine so entwürdigende Rolle zugeordnet haben.

Ich hoffe, daß es Ihnen im nächsten Haushalt gelingt, Herr Kollege Jentsch - ich hätte das gern auch dem Finanzminister gesagt, Herr Innenminister -, gemeinsam mit dem Finanzminister für die Haushaltsberatungen eine Spielwiese zu finden, wo sich die Regierungsfaktionen austoben dürfen, die ein solch makaberes Spielchen abschließt.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird dem Einzelplan 03 nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Herrn Kollegen Jentsch für die Fraktion der SPD das Wort.

Jürgen Jentsch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind froh darüber - und deshalb stelle ich das an die erste Stelle meiner Anmerkungen -, daß die Flüchtlingsberatung durch unseren parlamentarischen Einsatz wieder die Bedeutung erhalten hat, die ihr im Landesinteresse und im Interesse der betroffenen Menschen zukommen muß. Herr Paus, das war nun wahrlich keine Spielwiese. Wir haben verdammt zu kämpfen gehabt, damit die Landesregierung dies wieder aufgenommen hat,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CDU)

und ich bin dankbar dafür, daß die SPD-Landtagsfraktion hier hinter uns gestanden hat. Gerade die vielen Flüchtlinge im Lande bedürfen unserer besonderen Fürsorge, und wir danken ausdrücklich den Wohlfahrtsverbänden, die sich dieser humanitären Aufgabe angenommen haben.

Meine Damen und Herren zentrales Thema der Landespolitik bleibt aber - Herr Paus hat darüber

- (C) auch viel gesprochen - die innere Sicherheit. Wir legen einen Schwerpunkt auf die Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Denn wir nehmen die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst. Da habe ich manchmal den Eindruck - und das wurde auch gerade aus dem Debattenbeitrag deutlich -, daß die CDU außerhalb Nordrhein-Westfalens lebt. Wir schüren dabei nicht die Mechanismen der Angst, und wir spielen nicht mit den Gefühlen der Menschen. Denn in dieser oftmals leichtfertig und oberflächlich geführten Auseinandersetzung sind Argumente gefragt und keine Ideologien.

Mit diesen Argumenten setzen wir auf konkretes und wirksames Handeln. Dies spiegelt sich nicht nur im Entwurf des Haushaltsplans wider; dies spiegelt sich vor allem im Erfolg der Arbeit der Polizei unseres Landes. Quantität, Herr Paus, muß dabei nicht mit Qualität gleichgesetzt werden. Wir jedenfalls sind stolz auf die Erfolge unserer sozialdemokratischen Politik. Denn die Polizei unseres Landes ist eine der modernsten in Europa. Die Polizei ist professionell und hochmotiviert. Die Polizei ist bürgernah, das heißt, sie ist ständig vor Ort und damit in der Bürgerschaft präsent.

(D) Die Ausstattung der Polizei ist hervorragend. Unsere Aus- und Fortbildungseinrichtungen haben Vorbildcharakter. Und wir in Nordrhein-Westfalen haben als einzige in Europa in Hemer-Hönnetal ein Trainingszentrum für Spezialeinheiten aufgebaut, das nicht nur von unserer Polizei, sondern bundesweit und von unseren europäischen Partnerländern genutzt wird.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Jentsch, wollen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Paus zulassen?

Jürgen Jentsch (SPD): Bitte!

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte schön!

Heinz Paus (CDU): Sie singen gerade das Loblied auf die Polizei und auf die Stimmung in der Polizei. Wie erklären Sie sich denn das Stork-Papier mit seiner massiven Kritik an den Verhältnissen in der Polizei?

(A) **Jürgen Jentsch (SPD):** Wir sind stolz darauf, daß die Polizei in Nordrhein-Westfalen noch demokratisch denken und auch demokratisch ihre Meinung äußern kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir nehmen dieses Papier sehr ernst, und wir werden versuchen, Teile davon umzusetzen, damit die Polizei noch bürgernäher wird als bisher.

Meine Damen und Herren, der Erfolg in der Bekämpfung der Kriminalität bestätigt uns: Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir sind bundesweit beispielgebend. Das ist auch Ergebnis sozialdemokratischer Politik. Das, meine Damen und Herren, soll uns erst einmal ein nachmachen.

Allerdings ruhen wir uns nicht auf unseren Erfolgen aus. Denn wir wissen, daß wir trotz der verdienten Erfolge - dafür bedanke ich mich bei allen beteiligten Frauen und Männern der Polizei ganz herzlich - in unseren Anstrengungen nicht nachlassen werden. Die kriminelle Energie wird immer neue Wege suchen und finden. Hierauf müssen sich unsere Handlungen ausrichten. Dabei bleibt die Prävention das zentrale Thema.

(B) Ein ganz besonderes Augenmerk werden wir dabei weiter auf die Jugend- und Ausländerkriminalität richten. Auch wenn ich finde, daß in beiden Bereichen zur Zeit mit vordergründigen Behauptungen Angst erzeugt werden soll, eine Angst, die Menschen diskriminiert und Ausländerhaß entstehen läßt. Hieran werden wir uns nicht beteiligen.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, daß unser Rechtsstaat keinen Schaden nimmt. Deswegen richtet sich unsere Politik noch stärker als bisher auf die Vermittlung von Wertbegriffen aus. Zur Verbesserung der Sicherheit in den Städten und Gemeinden werden wir eine noch engere Orientierung an den Bedürfnissen der Bevölkerung vornehmen. Allerdings, Herr Paus, wird die Polizei nicht der Büttel der Ordnungsbehörden werden. Dies wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir in Nordrhein-Westfalen sind aufgeschlossen für Reformen. Neue Steuerungsmodelle sind in der Erprobung und zeigen positive Ergebnisse.

Wir sind eine starke Region in Europa; deshalb entwickeln wir gemeinsam mit den anderen Ländern und Staaten über nationale Grenzen hinweg

neue Projekte. Auch dies ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Sicherheit der Bevölkerung. (C)

Wir werden die Ausbildung der jungen Polizistinnen und Polizisten auch künftig konsequent auf die Anforderungen einer sich immer schneller ändernden Gesellschaft anpassen. Dabei wissen wir, daß wir uns ständig für eine Stabilisierung und Steigerung der Motivation der Polizei einsetzen müssen. Die Reformen der letzten Jahre können in einer so großen Organisation wie der Polizei nicht einfach reibungslos funktionieren. Deshalb haben wir für so manchen Unmut Verständnis. Wir sagen aber auch, daß diese Reformen im Interesse des Landes unumgänglich sind.

Die innere Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger ist eine komplexe Aufgabe, die immer wieder unsere Kräfte, unseren Einsatz erfordert. Dies Haushaltsberatungen waren und sind dafür eine Gelegenheit. Sicherheit als Lebensgefühl, das ist und bleibt das Ziel sozialdemokratischer Politik. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Kollegen Appel das Wort. (D)

Roland Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan des Innenministers enthält viele Punkte, an denen deutlich wird, daß Nordrhein-Westfalen mit seiner bisherigen Linie, eine demokratische, eine gut ausgerüstete, eine technisch hochwertig ausgestattete und vor allen Dingen eine motivierte Polizei zu befürworten, auf Kurs geblieben ist, Herr Paus. Ich kann an der Stelle auch Ihr Jammern nicht verstehen. Wenn man die Fakten kennt, muß man zur Kenntnis nehmen, daß wir in Nordrhein-Westfalen mit über 46 200 Polizistinnen und Polizisten im Dienst - Stand Herbst 1998 - die höchste Zahl von Polizeibediensteten beschäftigen, die wir in Nordrhein-Westfalen je hatten. An dieser Tatsache kommen Sie nicht vorbei.

Wenn Sie zusätzlich zur Kenntnis nehmen, daß Nordrhein-Westfalen über 70 % dieser Polizeibeamtinnen und -beamten im gehobenen Dienst beschäftigt, also in hohen Besoldungsgruppen, als dies in allen anderen Bundesländern anteilmäßig Realität ist, dann finde ich, wirft das ein völlig anderes Licht auf das, was Sie hier über

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) den Innen- und speziell über den Polizeihalt gesagt haben. Sie haben das übliche Jammern der CDU angestimmt, die traditionell - zum Glück in den letzten Jahren vergeblich - versucht, sich innenpolitisch, mit ihren Forderungen stets auf der Seite derer, die nach mehr Polizei rufen, als die Hüterin der inneren Sicherheit - koste es, was es wolle und gleichgültig wofür - zu profilieren.

Die Bürgerinnen und Bürger merken, daß es Ihnen nur um Parteipolitik geht. Denn Sie schüren regelmäßig die Unsicherheitsängste in der Bevölkerung. Wohin die Kriminalitätskampagne der letzten drei Jahre, die Herr Schäuble im Bundestag als Zuständiger für diesen Bereich angefangen und die Herr Kanther begleitet hat, am 27. September 1998 geführt hat, finde ich begrüßenswert, zeigt aber auch, daß es Ihnen lediglich um Parteipolitik geht.

Das merkt man auch an Ihren Anträgen, Herr Paus. Sie haben hier Anträge vorgelegt - das muß man sich schon einmal betrachten -, die eigentlich keine Deckung aufweisen. Wenn Sie den Polizeihalt erhöhen wollen, dann müssen Sie auch sagen, wo das Geld dafür herkommen soll. Sie haben aber nicht nur mehr Polizeistellen gefordert - gestatten Sie die Aussage, daß ich mir als Fraktionssprecher auch die anderen Bereiche angesehen habe -, sondern Sie haben auch mehr Lehrerinnen und mehr Kindergärtner gefordert. Wo aber sind die entsprechenden Anträge, mit denen Sie das alles finanzieren wollen? Es liegt nichts auf dem Tisch!

(Zuruf von der SPD: Kein einziger! - Zurufe von der CDU)

Sie haben im Rechtsausschuß - das ist beispielhaft und bezeichnend - Anträge für Erhöhungen über 12,5 Millionen DM und Deckungsvorschläge über 7,5 Millionen DM vorgelegt. Das ist christlich-demokratische Mathematik! So zieht sie sich durch alle Bereiche.

Sie haben im Innenausschuß Erhöhungsanträge vorgelegt; die Deckungsvorschläge habe ich nicht gesehen. Das wiederholt sich nun, und auch hier ist mir nicht klar, wie Sie Ihre Forderungen finanzieren wollen. Deswegen sollten wir mit den harten Haushaltszwängen, unter denen wir alle stehen - man muß nicht drum herumreden, das sind noch die Löcher von Herrn Waigel, auf denen wir herumturnen -, ---

(Zurufe von der CDU: Ach!)

- Ja, natürlich, Sie glauben doch nicht im Ernst, daß Lafontaine - Ökosteuer hin oder her - in der Lage ist, diesen Laden in Bonn innerhalb von drei Monaten aufzuräumen! Das glaubt Ihnen doch keiner!

Sie wissen doch alle, daß die Länder seit vielen Jahren finanziell am Krückstock gehen, daß sie 16 Jahre lang durch die Kohlsche Steuerpolitik gezielt ausgeblutet sind. Die Landeskassen sind ja nicht die einzigen Kassen, die ausgeplündert worden sind, sondern auch in den Kommunen sieht es entsprechend aus, und es wird noch schlimmer kommen.

Wir sind natürlich, Herr Paus, nicht begeistert davon, daß wir in diesem Jahr gezwungen waren, das GFG mit den Flüchtlingerstattungskosten zu befrachten. Sie werden, wenn Sie die Presse verfolgt haben - das ist ja nicht geheim geblieben -, festgestellt haben, daß sich meine Fraktion in den Koalitionsverhandlungen über den Haushalt vehement dafür eingesetzt hat, daß wir von dieser Befrachtung herunterkommen. Nur, ich sage Ihnen ganz ehrlich und ganz realpolitisch in dieser Frage: Wir können uns das Geld auch nicht backen! Und weil wir es uns nicht backen können, sind wir in diesem Jahr nicht darum herumgekommen, die Gemeinden mit diesem Posten zu befrachten. Wir werden uns nächstes Jahr dafür einsetzen, daß das anders wird und nicht mehr passiert.

(Ha, ha! bei der CDU)

Ja, das sage ich Ihnen von dieser Stelle aus. Das ist meines Erachtens glaubwürdiger als das, was Sie hier zur Flüchtlingsberatung gesagt haben.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege, wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Paus zulassen?

Roland Appel (GRÜNE): Aber sicher, Herr Paus.

Heinz Paus (CDU): Kollege Appel, ich möchte Ihnen gerne zwei Fragen stellen:

Erstens. Sie haben hier das übliche parteipolitische Schauermärchen über die Löcher, die Waigel im Landshaushalt produziert habe, zelebriert. Wissen Sie - das ergibt sich, wenn man in der Statistik nachschaut -, daß die Einnahmen des

(C)

(D)

(Heinz Paus [CDU])

- (A) Bundes in den zurückliegenden Jahrzehnten der Regierungsverantwortung der Union schwächer gestiegen sind als die Einnahmen des Landes?

Zweitens. Teilen Sie meine Auffassung, daß durch die Kürzung im Bereich des GFG, durch die Befrachtung des GFG mit den Mitteln für die Flüchtlingserstattung genau die Diskussion in die Kommunen kommt, daß die Flüchtlinge zu den Prügelknaben werden, was Sie hier immer als das Übel überhaupt brandmarken?

Roland Appel (GRÜNE): Herr Paus, zu Ihrer ersten Frage: Mir ist das selbstverständlich bekannt. Mir ist auch bekannt - das sagen Sie in Ihrer Zwischenfrage natürlich nicht dazu -, daß in dieser Zeit, in der die Länder proportional, wie Sie sagen, mehr Geld bekommen haben, die Länder auch proportional wesentlich mehr Aufgaben dazubekommen haben. Dazu gehört zum Beispiel auch der von der Bundesregierung - damals noch Frau Nolte & Co. - glorreich beschlossene Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, den wir ja richtig finden.

(Heinz Paus [CDU]: Einstimmig im Bundestag!)

- (B) Er ist als zusätzliche Aufgabe auf die Länder entfallen, und er mußte finanziert werden. Aber natürlich!

(Zuruf des Heinz Paus [CDU])

Sie wissen ganz genau, daß die gesamten Lasten für die Beschäftigten, die entsprechende Umsetzung der Tariferhöhung, in erster Linie die Haushalte der Länder trifft und daß natürlich der Bundesinnenminister da immer gerne mitverhandelt oder Verhandlungsführer ist und wir das entsprechend verkraften müssen. Also, da habe ich überhaupt keine Sorge; ich glaube, daß die Bürgerinnen und Bürger das verstehen.

Zu Ihrer zweiten Frage: Wissen Sie, Herr Paus, es liegt ja nun an den Gemeinden, ob sie in das, was Sie befürchten, einstimmen; es liegt an jedem einzelnen Rat. Ich sagte Ihnen schon: Ich finde es nicht gut, daß wir das GFG damit befrachten mußten. Deshalb appelliere ich insbesondere an Ihre Verantwortung, an die Landräte, an die Bürgermeister, an die Oberbürgermeisterinnen, an die CDU-Fraktionen im Land: Hören Sie mit dieser Diskussion auf, daß uns die Flüchtlinge auf der Tasche liegen!

(Beifall des Jürgen Jentsch [SPD])

Wenn Sie das in den Räten nicht zur Diskussion bringen, wenn Sie es nicht thematisieren - Rot-Grün wird es nicht tun -, dann haben wir diese Diskussion nicht. Das ist nicht gottgegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zuruf des Heinz Paus [CDU] - Weitere Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich noch einmal zum Polizeihauhalt zurückkommen. Ich möchte noch das eine oder andere von dem aufgreifen, was Sie gesagt haben. Ich meine, daß die Landesregierung mit ihrem Etat, was die Kriminalprävention anbelangt, weiterhin gute Maßnahmen unternimmt. Ich begrüße zum Beispiel für meine Fraktion außerordentlich die opferbezogenen Präventionsprogramme, wie sie in der Kampagne "Liebe verdient Respekt" ihren Ausdruck finden, wo es um Straftaten gegen Schwule und Lesben, gegen gleichgeschlechtlich lebende Menschen in unserem Lande geht. Ich begrüße, daß dafür weiterhin Mittel eingestellt werden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Ich begrüße auch, daß die ersten Anti-Rassismus-Trainings und Weiterbildungsveranstaltungen dazu innerhalb der Polizei stattgefunden haben, weil das nicht einfach eine "grüne Spielwiese" ist, Herr Paus, wie Sie es gerne sagen, sondern weil es zum Beispiel zur Vertrauensbildung ganz entscheidend sein kann, wenn der Polizist weiß, daß er einer traditionell verschleierte türkischen Frau, bei der er an der Tür geläutet hat, eben nicht die Hand geben und sie als erste ansprechen darf, sondern dies anders stattzufinden hat. Das wird in den multikulturellen Trainings gelehrt, und das trägt zur Vertrauensbildung bei. Jeder Polizist und jede Fachfrau weiß, daß das zur Erhöhung der Aufklärungsquote bei Straftaten beiträgt.

Ich meine, daß Sie einen wunden Punkt angesprochen haben. Dazu kann ich Ihnen versichern, daß wir in der Koalition in Zukunft noch einmal darüber reden werden. Sie haben hier gesagt, die Polizei sei falsch verteilt. Das ist teilweise richtig. Ich räume ein, Herr Paus, daß das Mittel der belastungsbezogenen Kräfteverteilung sehr problematisch ist. Ich finde es dann problematisch, wenn ich zum Beispiel im "Kölner Stadt-Anzeiger" lese, daß es ein altes Mittel der Polizei ist, Razzien gegen Schwarzfahrer durchzuführen, wenn das Jahresende naht.

(Heinz Paus [CDU]: Er ist erwischt worden!)

(C)

(D)

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) - Ich will keine Lanze für die Schwarzfahrer brechen, Herr Paus. Nur, jeder weiß aus der Polizeipraxis: Wenn ich meine Aufklärungsquote in der Statistik gegen Ende des Jahres zu schlecht finde und sie gerne verbessern möchte, dann mache ich ein paar Razzien bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben; denn da ist jeder Täter sofort ein aufgeklärter Fall. Das heißt, damit kann ich statistisch die Aufklärungsquote steigern. Das finde ich nicht richtig. Wenn ich das besonders häufig tue, dann bekomme ich möglicherweise noch den Nebeneffekt, daß ich bei der belastungsbezogenen Kräfteverteilung argumentieren kann: Ich brauche in der Stadt X oder im Kreis Y im nächsten oder übernächsten Jahr mehr Polizeikräfte. - Über diese Form der Kräfteverteilung müssen wir noch einmal reden. Dazu sind wir im Ausschuß gerne bereit, Herr Paus.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege!

Roland Appel (GRÜNE): Lassen Sie mich ein letztes zum Polizeihaushalt sagen. Wir wissen alle, daß von der Landesregierung vorgesehen ist, die Luftkräfte der Polizei zu erneuern und ein neues Konzept dafür vorzulegen.

(B)

(Heinz Paus [CDU]: Frische Luft für die Polizei!)

Sie wissen alle, daß wir sowohl für das dort beschäftigte Personal als auch möglicherweise für Dritte - wir haben alle die Bilder des Flugzeugabsturzes von Remscheid noch vor Augen, denke ich - für Sicherheit sorgen müssen.

Dazu eines: Wenn die EU sagt, daß einmotorige Flächenflugzeuge in der EU in Zukunft im kommerziellen Bereich nicht mehr eingesetzt werden sollten, dann werden wir dafür sorgen, daß in Nordrhein-Westfalen beim fliegenden Personal der Polizei nur Flugmuster eingesetzt werden, bei denen die Sicherheit entsprechend den hohen Richtlinien gewahrt ist.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege!

Roland Appel (GRÜNE): Ich meine, daß man so etwas im Auge behalten muß. Wir werden darüber noch reden.

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluß. - Lassen Sie mich ein letztes Wort zur Betreuung der Flüchtlinge sagen, weil Sie das hier angesprochen haben, Herr Paus. (C)

(Heinz Paus [CDU]: Das war makaber!)

- Ja, es war makaber, was Sie hier sagen, aber es war noch viel beklemmender, was Sie hier für ein Spiel abgezogen haben.

(Heinz Paus [CDU]: Ein mieses Spiel war das!)

Herr Paus, lesen Sie bitte Ihre eigene Rede vom letzten Jahr nach. Sie haben drei Jahre lang in drei Haushaltsberatungen genau diesen Titel "Soziale Beratung und Betreuung von Flüchtlingen" als grüne Spielwiese bezeichnet und haben hier per Antrag ihre Streichung gefordert.

(Heinz Paus [CDU]: Nein!)

- Ja, so war das! Herr Paus, ich gehe es holen. Ich bringe es Ihnen gleich mit. Es steht im Protokoll, und ich lege Ihnen die entsprechenden Anträge vor.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege!

(D)

Roland Appel (GRÜNE): Wenn Sie sich heute dafür einsetzen, hat das damit zu tun, daß die Betroffenen für ihre Stellen gekämpft haben, auch bei Ihnen waren und Sie ihre Aussagen wahrgenommen haben, so daß Sie nicht mehr wie bisher argumentieren können. Sie sind in Argumentationsnot geraten, ...

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege!

Roland Appel (GRÜNE): ... das als grüne Spielwiesen zu bezeichnen. Deswegen haben wir es wieder eingesetzt. Ich bin froh, daß wir das geschafft haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die Landesregierung Herr Minister Dr. Behrens.

(A) **Dr. Fritz Behrens, Minister für Inneres und Justiz:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Paus hat zu Recht festgestellt, die Zeit sei knapp - zu knapp, um auf alle Aspekte des Innenhaushaltes einzugehen. Das Interesse ist auch nicht ganz so überwältigend, so daß ich versuchen werde, mich kurz zu fassen, und nur einige wenige Aspekte anzusprechen.

Herr Paus, Sie haben auf die Zusammenführung der beiden Ressorts Inneres und Justiz abgehoben und die Behauptung wiederholt, die ich hier schon einmal gehört habe, diese treffe auf einheitliche Ablehnung. Ich bin gespannt auf die Ausführungen von Frau Opladen, die Sie für die nächste Etatrunde angekündigt haben. Ich werde dann möglicherweise dazu etwas mehr sagen. So einheitlich ist das nämlich mit der Ablehnung nicht. Möglicherweise kann ich Ihnen das nachher auch belegen. Jedenfalls - das will ich hier schon sagen - sehen wir, sehe ich der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes ruhig und gelassen entgegen. Ich habe keinen Grund unruhig zu sein.

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich wäre froh - und so haben wir uns in diesem Verfahren verhalten -, wenn es schnell zu einer Entscheidung in der Sache käme, wenn es schnell eine Klärung der aufgeworfenen Rechtsfrage gäbe, damit wir wissen, auf welcher Basis wir in unserem Ressort für Inneres und Justiz weiterarbeiten können. Wir brauchen schnell ein arbeitsfähiges Ressort, um unsere Aufgaben erfüllen zu können. Dafür bedarf es Klarheit in dieser Sache der Zusammenfassung: ja oder nein.

Ich will noch einmal an dieser Stelle klarstellen, meine Damen und Herren, daß die Entscheidung der Landesregierung, die beiden Einzelpläne 03/04 in dem Einzelplan 04 zusammenzuführen, Ihnen mit der ersten Ergänzungsvorlage zur Entscheidung vorgelegt worden ist. Die erste Ergänzungsvorlage war innerhalb der Landesregierung vor Abgabe der Stillhalteerklärung des Ministerpräsidenten gegenüber dem Präsidenten des Verfassungsgerichtes beschlossen worden. Sie war bis dahin Konsequenz der am 9. Juni 1998 getroffenen Entscheidung der Zusammenführung der beiden Ressorts. Gerade diese Entscheidung, meine Damen und Herren, sollte nun nicht zurückgenommen werden. Deshalb ist der Entscheidungsvorschlag für Sie in der ersten Ergänzungsvorlage aus Sicht der Landesregierung gerade konsequent und steht deshalb mit der Entscheidung über die Zusammenfassung auf dem Prüf-

stand des Gerichtes. Da sind wir - ich sagte es - sehr gelassen. (C)

Sie haben, Herr Paus, wieder einmal gebetsmühlenartig - ich denke, so muß man es beschreiben -, die angebliche Personalmisere bei der Polizei beschrieben. Ich sage ganz klar, meine Damen und Herren, es gibt sie so nicht, wie Sie sie hier darstellen. Das, was Sie bei den jährlichen Haushaltsberatungen vortragen - ich verfolge das mit einigen Unterbrechungen seit 1980 ziemlich genau -, ist fast jedes Jahr im Wortlaut annähernd das gleiche.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Heinz Paus [CDU])

- Herr Paus, das ist doch nicht wahr. Die Zahlen sind hier doch dargestellt worden. Ich will das nicht alles wiederholen. Es wird auch durch ständige Wiederholung nicht wahrer. Die Statistiken, etwa die der Polizeidichte und die Ländervergleiche, die Sie dabei heranziehen, haben nicht den Aussagewert, den Sie ihnen gern zumessen.

(Heinz Paus [CDU]: Die Zahlen sind richtig!)

Darüber, daß diese Statistiken untauglich sind, weil sie zu undifferenziert sind, sind sich alle sachverständigen Innenpolitiker in dieser Republik auch einig, auch in der Innenministerkonferenz, und zwar parteiübergreifend. Und andere Statistiken helfen nicht uns da auch weiter. Deshalb sollten wir dieses Spielchen bleiben lassen. Es bringt uns wirklich nicht weiter. (D)

(Heinz Paus [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ich bin gern bereit, eine Zwischenfrage zu beantworten.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Paus, bitte schön!

Heinz Paus (CDU): Herr Innenminister, Sie erklären, unsere Zahlen seien unzutreffend. Sind sie bereit, in absehbarer Zeit eine echte Personalbedarfsberechnung für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen erstellen zu lassen und dann auch entsprechend darauf zu reagieren?

Dr. Fritz Behrens, Minister für Inneres und Justiz: Herr Paus, ich habe nicht gesagt, Ihre Zahlen seien unzutreffend. Die objektiven Zahlen sind ja

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A) auch bekannt. Das sind unsere und Ihre. Es sind nämlich die absoluten Zahlen an Polizeibeamten im Lande Nordrhein-Westfalen. Ich habe nur gesagt: Die aus Statistiken abzuleitenden Konsequenzen, etwa über die Aussagekraft von Polizeidichtestatistiken, sind nicht aussagekräftig. Darüber müßten wir streiten.

Ob man Personalbedarfsberechnungen sinnvollerweise machen sollte oder nicht, darüber sollten wir uns vielleicht im zuständigen Fachausschuß noch einmal auseinandersetzen. Ich habe mit solchen Personalbedarfsberechnungen in unterschiedlichen Fachbereichen der Verwaltung gute und schlechte Erfahrungen gemacht. Das muß wohlbedacht sein, bevor man hierzu zu Entscheidungen kommt.

(Heinz Paus [CDU]: Das hat Konsequenzen, wenn man sie anstellt! Natürlich!)

- ich denke, daß wir auch da gelassen möglichen Prüfungen entgegensehen könnten.

Meine Damen und Herren, darüber gibt es auch keinen großen Streit, selbst wenn der Streit um die Zahlen dieses manchmal suggerieren könnte. Ich denke, wir sind uns einig, daß die Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen gute, hervorragende Arbeit leistet.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich danke ihr ausdrücklich dafür. Sie ist - wer wollte das bestreiten - personell und technisch hervorragend ausgestattet. Wir tun auch in den nächsten Haushaltsjahren alles Denkbare, Mögliche und Finanzierbare,

(Jürgen Jentsch [SPD]: Genauso ist es!)

um die Arbeitsfähigkeit und Leistungsfähigkeit unserer Polizei nicht nur zu erhalten, sondern zu verbessern, zu erhöhen und auszubauen. Das betrifft sowohl die Personalstruktur als auch die Technikausstattung. Dabei, Herr Paus - das werden auch Sie nicht bestreiten können -, steht NRW an der Spitze der Bewegung, auch im Ländervergleich. Ich meine, hier seien Ländervergleiche durchaus einmal angebracht, wenn es etwa um die Personalstruktur unserer Polizei geht. In keinem anderen Bundesland, meine Damen und Herren, befinden sich anteilig derart viele Polizeibeamte im gehobenen Dienst wie in Nordrhein-Westfalen.

Wir waren uns einig - jedenfalls innerhalb der Regierung und innerhalb der Koalition -, daß all das, was da erreicht werden konnte, jedenfalls bis zur

Jahrtausendwende möglichst kostenneutral stattfinden sollte, sonst hätte es nicht stattgefunden und wäre nicht finanzierbar gewesen. Das ist die Grundbedingung für alle politische Entscheidung vor Jahren unter meinem Vorgänger Herbert Schnoor und bei Franz-Josef Kniola gewesen. Dabei ist es geblieben, und wir werden ab dem Jahre 2000 sehen, wie es weitergeht.

Wenn ich hier die Arbeit der Polizei lobe und sie dankbar anerkenne, dann will ich nicht verschweigen, daß es auch in der Vergangenheit - ich sage das so freimütig, Sie haben das gar nicht angesprochen - auch kritische und selbstkritische Untersuchungen gegeben hat. Wir werden diese Untersuchungen - Stichwort: Stork-Bericht - auswerten. Wir werden Vorschläge aufgreifen, sie prüfen, Veränderungen einleiten und unsere Polizeiarbeit im Lande Nordrhein-Westfalen auch künftig konsequent und behutsam modernisieren und dabei auf die Einschätzungen der Basis, der Praxis, auch der Personalvertretungen eingehen und sie einbeziehen. Ich glaube, das ist für eine gute und erfolgreiche Arbeit der Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen mindestens so wichtig wie Personal- und Technikausstattung.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Innenpolitik in Nordrhein-Westfalen und andersorts ist mehr als nur Politik für Polizei. Manchmal habe ich den Eindruck, das werde in seiner Wichtigkeit nicht immer richtig gesehen, auch bei Debatten, wenn es hier um Haushaltsfragen zum gesamten Einzelplan 03 oder zum Bereich des Inneren geht. Ich will deshalb nur noch einige politische Schwerpunkte skizzieren, für die dieser Haushalt 1999 auch eine wichtige Grundlage ist.

Ich sage noch einmal: Wir wollen eine konsequente, verlässliche und von liberalen Grundsätzen geprägte Politik der inneren Sicherheit aus einer Hand aus diesem Ministerium für Inneres und Justiz in Nordrhein-Westfalen. Wir werden dabei - auch dies noch einmal dick und doppelt unterstrichen - die Arbeit und die Handlungsfähigkeit aller Sicherheitsorgane, auch der Polizei, garantieren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sichere Perspektiven bieten.

Wir wollen eine Ordnungs- und Rechtspolitik nach rechtsstaatlichen Grundsätzen. Das ist wie immer auch künftig eine Gratwanderung zwischen den Polen Sicherheit, Ordnung und Freiheit. Hier sind tagtäglich und immer wieder, auch in der Gesetzgebung, in den politischen Beratungen hier im Landtag Entscheidungen zu treffen und Ausglei-

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) che herzustellen. Wir wollen eine verlässliche und berechenbare Ausländer- und Flüchtlingspolitik nach humanitären Grundsätzen, die zugleich die Sozialverträglichkeit der politischen Konzepte für die Bevölkerung unseres Landes insgesamt nicht vernachlässigt und die auf die Integration der auf Dauer hier lebenden Menschen setzt. Deshalb unterstützen und fordern wir die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts auf Bundesebene.

(Beifall bei der SPD)

Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, steht in den nächsten Jahren im Mittelpunkt der Politik dieses Ressorts das, was ich unter der Überschrift "Verwaltungsmodernisierung in Nordrhein-Westfalen" beschreibe.

Dies ist ein wichtiger politischer Schwerpunkt meiner künftigen Arbeit. Wir haben schon bis heute viele wichtige Fortschritte in unseren Polizeibehörden und anderen Behörden erreicht. Ich nenne nur das Stichwort "Beschleunigung von Genehmigungsverfahren", wo auch etwa unsere Bezirksregierungen hervorragende Leistungsbilanzen vorlegen können. Dafür bin ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesen Behörden außerordentlich dankbar, und ich ermuntere sie ausdrücklich, auf diesem Wege der Modernisierung ihrer Arbeit voranzuschreiten.

(B)

Es geht jetzt um die Modernisierung des gesamten öffentlichen Sektors in Nordrhein-Westfalen; der Innen- und Justizminister wird Motor und Katalysator dieses Diskussionsprozesses sein.

(Beifall bei der SPD)

Mit einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung wollen wir unser Land voranbringen. Für all das, meine Damen und Herren, ist der Haushalt 1999 eine gute Grundlage, und ich wäre deshalb dankbar, wenn er verabschiedet werden könnte, auch im Einzelplan 03. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Wir verlassen nun den Bereich Inneres und kommen zu dem Unterbereich

b) Justiz

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Opladen das Wort.

Maria Theresia Opladen (CDU)*: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich möchte die Haushaltsrede nutzen, um ein wenig Bilanz zu ziehen bzw. zu den zwei Anträgen, die wir zur zweiten Lesung gestellt haben, einige Schwerpunkte darzustellen.

(C)

Der Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen - ich glaube, das ist nicht mehr zweifelhaft - befindet sich in einer dramatischen Situation. Das einzig Erfreuliche an den unerfreulichen Haushaltsberatungen im Rechtsausschuß war, daß nunmehr endlich auch die Koalitionsfraktionen offen einräumen, daß sich Belegungs- und Personalsituation in den letzten Jahren zugespitzt haben. Traurig ist aber, daß diese Probleme des Strafvollzugs eben nicht erst in den letzten Jahren bekannt geworden sind, sondern daß sie sich - man muß schon fast sagen über Jahrzehnte - kontinuierlich und für Sachkundige offenkundig entwickelt haben.

Schon in den 80er Jahren hat mein Kollege Dr. Klose ein Konzept für die Probleme des Strafvollzugs gefordert und auch der Bund der Strafvollzugsbediensteten hat immer wieder warnend den Finger erhoben. Zuletzt haben wir im September 1997 den Justizminister aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie den Mißständen im Strafvollzug zu begegnen sei. Ein solches hat er bis heute nicht vorgelegt, jedenfalls ist es kein Konzept. Was der Justizminister Mitte des Jahres präsentiert hat, war eine Mischung aus trotzigem Beibehalten der alten Prioritäten und einer Notlösung, deren Folgen für die Sicherheit des Strafvollzugs nicht absehbar sein werden.

(D)

Die wirklichen Zeichen der Zeit sind immer noch nicht erkannt worden, nämlich, daß der Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen auf eine Katastrophe zusteuert.

Auf 17 500 Haftplätze kommen fast 19 000 Gefangene, und es ist absehbar, daß die Grenze von 20 000 Inhaftierten überschritten werden wird. Wir haben eine kontinuierliche Zunahme von etwa 1 000 Gefangenen pro Jahr, und daran ändern auch eventuelle weitere Sanktionsmöglichkeiten anderer Art wie Haft oder aber Vermeidungsstrategien nichts, wie ja zwischenzeitlich - allerdings reichlich spät - sogar die Koalitionsfraktionen erkannt haben.

Ich erinnere mich noch mit ziemlichem Schrecken daran, wie blauäugig und leichtfertig in den Beratungen unseres Antrages, den ich eben erwähnt

(Maria Theresia Opladen [CDU])

(A) habe, die Meinung vertreten wurde, weitere Haftplätze seien nicht nötig, man könne ja mit Prävention, Täter-Opfer-Ausgleich und anderen Sanktionen die Zahl der Haftstrafen dramatisch verringern. Einige hundert Plätze in Planung können nicht das Defizit von 1 000 Haftplätzen auffangen. Insoweit stelle ich erfreut fest, daß man sich wenigstens von den völlig realitätsfremden Überlegungen der Koalitionsvereinbarung gelöst hat, daß in Nordrhein-Westfalen kein Bedarf für Haftplätze wäre.

Ich sage noch einmal: Mit dem, was jetzt vorgelegt wird, laufen Sie, Herr Minister, aber auch die Koalitionsfraktionen, der tatsächlichen Entwicklung meilenweit hinterher. In diesem hochsensiblen Bereich der Sicherheit unserer Bürger funktioniert das Prinzip Hoffnung nicht. Wie wollen Sie eigentlich Akzeptanz für diese Politik finden? Wie wollen Sie dem Bürger denn noch weismachen, daß der Strafvollzug in sicheren Händen sei? Schlagzeilen wie "772 Haftentweichungen in einem Jahr" sind die Kehrseite dieser Politik. Das hat nun wirklich überhaupt nichts mehr mit Sicherheit zu tun.

(B) Wenn jetzt die Koalitionsfraktionen großartig in der Presse verkünden, daß sie ein Sonderbauprogramm - ich wage kaum, es so zu nennen - für Justizvollzugsanstalten mit einem Zugewinn an Haftplätzen einleiten und umsetzen wollen, so ist dies sicherlich ein Ergebnis der gemeinsamen Bindung an die Koalitionsvereinbarung, die ja den Neubau von Haftanstalten grundsätzlich ausschließt. Das hat sich sicherlich auch gut verkaufen lassen.

Verschwiegen worden ist jedoch, daß diese Maßnahme in keiner Weise ausreicht, sondern allenfalls Flickwerk darstellt und unbedingt Neubauten von Haftanstalten erforderlich wären. Ich habe schon im Mai vorgeschlagen, an solche Neubauten zu denken. Dazu habe ich auch angeregt, über private Finanzierungsmodelle nachzudenken, die den Haushalt des Landes entlasten könnten. Verschwiegen worden ist dabei aber auch, daß solche Neubauten wesentlich günstiger wären, weil sie mit weniger Personal betrieben werden könnten. Das Sonderbauprogramm - diesen Namen verdient es nicht - ist also Flickwerk.

Über das Thema "Schaffung von Haftplätzen" könnte man sich noch unterhalten. Natürlich begrüßt auch die CDU jedwede Initiative auf diesem Gebiet. Aber die eigentliche Achillesferse des Strafvollzuges und aller Überlegungen dazu ist

natürlich das Personal in den Haftanstalten. Hier sehen Sie, Herr Justizminister, die Lösung in der Einbindung privater Sicherheitsunternehmen in den Strafvollzug. Wir lehnen diese Privatisierung im Strafvollzug uneingeschränkt ab. (C)

(Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir zur zweiten Lesung auch den Antrag gestellt, die 7,5 Millionen DM, die Sie eingestellt haben, umzuschichten und mit diesem Betrag die Stellenzahl für Angestellte um 240 bis zum 31. Dezember 2001 zu erhöhen.

Ich will dies begründen: Der Strafvollzug ist eine der wenigen hoheitlichen Aufgaben, die nicht auf Private übertragen werden können. Der Staat greift mit der Verhängung von Haftstrafe unmittelbar und einschneidend in persönliches Freiheitsrecht von Menschen ein. Das ist ein Eingriff in höchstes grundrechtlich geschütztes Gut. In konsequenter Folge ist der Staat verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß in der Zeit dieser Freiheitsentziehung dem Gefangenen, der schließlich auch Staatsbürger ist, eine an seiner ihm auch verbliebenen Menschenwürde ausgerichtete Behandlung zuteil wird. Diese ist am besten durch Menschen gewährleistet, die, eingebunden in den öffentlichen Dienst, in einem besonderen Treueverhältnis zu ihren Dienstherrn stehen. (D)

Auch der Anspruch auf Resozialisierung gründet auf diesem Gedanken. Mit der angedachten Privatisierung im Strafvollzug verabschiedet sich das stolze Land Nordrhein-Westfalen vom Behandlungsvollzug, den es einst als Vorzeigeland unter Dr. Dr. Neuberger in alle Länder der Bundesrepublik hineingetragen hat. Das ist allerdings schon einige Jahre her; das war in den siebziger Jahren. Ich glaube, sagen zu können, daß die Gefängnisse jetzt offenbar als Wegschließenanlage für Straftäter angesehen werden. Damit sind wir nicht einverstanden.

Wir sind auch deshalb nicht einverstanden damit, weil die Sache eine andere Seite hat, die das Personal betrifft. Nur gut ausgebildetes Personal kann der immer schwieriger werdenden Klientel in den Gefängnissen begegnen, die gekennzeichnet ist durch viele Ausländer, Sprachprobleme, hohe Gewaltbereitschaft und vieles mehr. Es gibt auch sonst Probleme, die zwischen den Strafvollzugsbediensteten und den privaten Sicherheitsunternehmen jetzt schon erkennbar werden. Darauf will ich nicht näher eingehen.

(Maria Theresia Opladen [CDU])

- (A) Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen ändert nichts daran, daß die Schiene der Privatisierung als Lösungsmittel angesehen wird. Es bleibt nämlich dabei, daß 7,5 Millionen DM Sachmittel für den privaten Sicherheitsdienst vorgesehen sind. Hier soll haushaltsrechtlich lediglich die Möglichkeit gegeben werden, dieses Geld auch dem Bereich der Gestellungsverträge zufließen zu lassen, wenn es denn möglich sein sollte, Bahn- oder Postbedienstete auf diesem Weg für den Strafvollzug zu gewinnen. Sind Sie sich eigentlich wirklich sicher, daß Bahn- oder Postbedienstete ohne langwierige Schulung und Erfahrung in der Lage sein werden, den schwierigen und anspruchsvollen Beruf des Strafvollzugsbediensteten auszuführen? Sind Sie nicht der Meinung, daß ein solches Ansinnen eine Geringschätzung des Dienstes ist, den die Strafvollzugsbediensteten leisten?

(Beifall bei der CDU)

Dieser Meinung bin ich allerdings sehr ausdrücklich.

Wenn es die Situation erfordert - angesichts der gegebenen Zahlen ist das zu erwarten -, wird dieser Justizminister an seinen Planungen zur Privatisierung festhalten. Meine sehr geehrten Damen und Herren von den GRÜNEN und insbesondere Frau Bainski, Sie können sich ja nur wünschen, daß dies anders verläuft, und zwar so, wie Sie sich gewünscht haben, daß die Privatisierung im Bereich der Abschiebehafte lediglich eine vorübergehende Notlösung sein sollte. Aber wir wissen ja, daß dies längst eine dauerhafte Sache geworden ist.

(B)

Jeder vorübergehende Schritt im Strafvollzug wird eine dauerhafte Sache werden. Schritt für Schritt steuern wir auf die Verwirklichung der Zauberformel "Privatisierung" dieser Regierung - vor allen Dingen auch im Strafvollzug - zu. Das ist nur scheinbar eine Lösung, die ausschließlich dazu dient, den desolaten Haushalt dieses Landes zu entlasten. Sie läuft aber diametral den Interessen des Strafvollzuges entgegen. Ich bin schon erstaunt darüber, daß Sie sich vollmundig gegenüber dem Bund der Strafvollzugsbediensteten dahin gehend erklären, daß Sie den privaten Sicherheitsdienst im Strafvollzug nicht wollen, aber andererseits einen solchen Entschließungsantrag mit unterzeichnen, der genau das bringen wird. Wir werden uns darüber irgendwann wieder unterhalten.

Ich komme zu unserem zweiten Antrag, den Haushalt für Inneres und Justiz wieder zu trennen. Man sollte eigentlich meinen, daß es weder die Landesregierung noch die Koalitionsfraktionen vor eine unzumutbare Aufgabe stelle, die Haushaltsbereiche Innen und Justiz zu trennen. Der Ministerpräsident und auch der Innen- und noch Justizminister haben ausdrücklich zugesagt, daß im Hinblick auf die von uns beantragte einstweilige Anordnung vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster weitere Vollziehungsmaßnahmen zur Zusammenlegung nicht durchgeführt würden. Zu diesem Zeitpunkt war ja schon klar, daß das Gericht beabsichtigte, die einstweilige Anordnung zu erlassen, die für den Ministerpräsidenten außerordentlich peinlich gewesen wäre. Das Gericht hat ja auch zu Recht auf die prozessuale Erklärung des Ministerpräsidenten vertraut. Ich bin aber der festen Überzeugung, daß diese Erklärung jetzt bewußt unterlaufen wird.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, daß dies ein schwerer Vorwurf ist, aber ich kann ihn auch begründen.

Herr Minister, Sie haben auch eine Erklärung dazu abgegeben, daß es keinen gemeinsamen Haushalt geben werde. Ich weiß, daß Sie dies im nachhinein bestritten haben. Ich weiß natürlich nicht, ob Sie das wirklich gesagt haben oder nicht. Das ist aber auch nicht so wichtig. Ich schätze Sie aber auf jeden Fall als jemanden ein, der klug genug ist, um zu erkennen, daß zum Beispiel ein gemeinsamer Haushalt genau eine dieser Maßnahmen war, deren Vermeidung die Opposition im Lande erwarten durfte.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Alles, was Sie dazu jetzt vorbringen, ist rechtliche Haarspalterei.

Ich weiß natürlich auch, daß jemand, der die Worte "Verfassungskultur", wie es Herr Clement getan hat, nur belächelt, Worte wie Anstand sowie Achtung einer inhaltlichen Erklärung und ihrer Bedeutung möglicherweise auch nicht ernst nimmt.

Das habe ich nicht für möglich gehalten, muß jetzt aber davon ausgehen, daß sich die Fraktionen dazu berufen fühlen, den Willen des Ministerpräsidenten, den er selber aufgrund seiner Erklärung vor dem Gericht nicht mehr verwirklichen

(Maria Theresia Opladen [CDU])

(A) kann, ihrerseits voranzutreiben. Ich sage Ihnen ganz offen: Das halte ich für einen Skandal,

(Beifall bei der CDU)

eine Mißachtung des Parlaments, aber vor allen Dingen eine Mißachtung des Gerichts. Ich bin gespannt darauf, welche Rolle dieser Vorgang bei der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs letztlich spielen wird.

Lassen Sie mich abschließend feststellen, daß ich vor allen Dingen darüber erstaunt bin, daß die GRÜNEN dieses Spiel mitmachen. Das ist für mich ein ungeheuerlicher Vorgang. Sie hatten doch immer beklagt, Sie wären nicht eingebunden worden, Sie würden diesen demokratischen Sündenfall umkehren und wünschten der Opposition Erfolg bei ihrer Klage, Sie begrüßten den Zeitgewinn durch die Einstweilige Anordnung. Jetzt sehen Sie sich hier wie im übrigen auch im Zusammenhang mit der Änderung der Finanzgerichtsordnung genötigt, der Regierung zur Bewahrung und Fortsetzung dieser unseligen Organisationsentscheidung die Hand zu reichen.

(Heinz Hunger [SPD]: Was ist denn daran unselig?)

(B) Mir bleibt nur eine Wertung: Für Sie sind die Wahrung des Koalitionsfriedens und der Erhalt der Macht, an der Sie teilhaben, wichtiger als die Bewahrung der Rechte, für deren Erhalt wir als Abgeordnete einzutreten verpflichtet sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sollten die Fadenscheinigkeit Ihrer Politik noch einmal überdenken und für die Grundlagen eines sicheren Strafvollzugs eintreten sowie im übrigen das Gebot der Achtung vor dem Verfassungsgerichtshof und den Rechten der Opposition mit wirklichem und nicht nur angeblichem Leben füllen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun Kollege Krumbein für die SPD-Fraktion.

Robert Krumbein (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es würde mir jetzt schon Spaß machen, auf die Ausführungen, die Frau Kollegin Opladen zum Schluß gemacht hat, einzugehen, die Frage, ob man im Rahmen der Haushaltsberatungen des Landesgesetzgebers die Einzelpläne 03 und 04

verschmelzen könne, wie das die 1. Ergänzungsvorlage schon seit geraumer Zeit vorsieht.

(C)

Zugunsten inhaltlicher Ausführungen zum Haushalt möchte ich heute davon absehen, Frau Kollegin Opladen. Wir haben nächste Woche noch zwei Tagesordnungspunkte plenar zu beraten, bei denen es auch um diese Frage geht. Dann können wir alle unsere Argumente und unterschiedlichen Haltungen gerne noch einmal austauschen. Ich habe ein bißchen den Eindruck, daß Sie sich - weil Ihnen die Inhalte zum Landeshaushalt 1999 fehlen - weitgehend an Formalien abarbeiten. Ich halte das für nicht zuträglich, wenn es um die Frage geht, was man mit einem Landeshaushalt von über 90 Milliarden DM bewegen kann.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle nur noch einmal ganz kurz einige Eckpunkte ins Gedächtnis rufen. Herr Minister Behrens hat anlässlich der Einführung im Rechtsausschuß die wesentlichen Schwerpunkte des Haushalts - soweit es um die Justiz geht - dargestellt. Ganz wichtig ist das Programm "Justiz 2003", also die Vollaussstattung aller Arbeitsplätze der Justiz, die dafür geeignet sind, mit modernster Informationstechnik. Dieses Programm wird unverändert fortgeführt: Dafür stehen im Haushalt 114 Millionen DM bereit.

(D)

Wir haben auf die Belastungssituation bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften erneut dadurch reagiert, daß wir die Ausnahme von der Besetzungssperre für die Ordentliche Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften fortsetzen. Es ist durch die Schaffung 80 neuer Stellen Vorsorge getroffen worden für das Inkrafttreten der Insolvenzrechtsreform.

Meine Damen und Herren, uns ist aber auch klar, daß der Haushalt 1999 sicherlich nicht alle Wünsche erfüllen kann. Ich und die Mitglieder der SPD-Fraktion haben sehr viele Gespräche mit den Berufsverbänden im Bereich der Justiz geführt. Vor allen Dingen zum Personalhaushalt gibt es von dort zahlreiche Wünsche, die zwar gut begründet sein mögen, die wir aber nicht alle haben erfüllen können. Wir mußten eine klare Priorität zugunsten erster Schritte auf dem Weg setzen, die Belastungssituation im Strafvollzug dieses Landes zu minimieren und für Entlastung zu sorgen. Der Regierungsentwurf sah ohnehin schon den Zugang weiterer hundert Stellen vor, der zusätzliche Kapazitäten in einer Größenordnung von 500 Haftplätzen unterschiedlicher Art sichern soll.

(Robert Krumbein [SPD])

(A) Frau Kollegin Opladen, die Zahlen möchte ich gar nicht bestreiten. Die Belegungssituation in unseren Haftanstalten verschärft sich nach wie vor. Über weitere Dinge in diesem Zusammenhang muß man nachdenken. Bloß, sich jetzt hier scheinheilig hinzustellen, Frau Opladen, und zu sagen, alles, was die Koalitionsfraktionen jetzt noch über ihren Entschließungsantrag auf den Weg brächten, sei unzureichend, führt mich zu der Frage: Wo sind denn Ihre Vorschläge? Die CDU-Fraktion hat bei der Beratung im Rechtsausschuß keine einzige Mark für eine neue Haftanstalt gefordert. Ihre Stellenforderungen liefen nach dem Motto: Tun wir einmal den Berufsverbänden aus dem Justizbereich etwas Gutes und schaffen ein paar Beförderungstellen. - Was Sie tatsächlich an zusätzlichen Stellen beantragt haben, bleibt aber weit hinter dem zurück, was wir nun über unseren Entschließungsantrag sowie unsere weiteren Anträge zum Haushalt beschließen werden. Sie sollten an dieser Stelle so ehrlich sein und sagen, daß Sie Alternativen nun weiß Gott nicht aufgezeigt haben, die auf diese Belastungssituation im Vollzug reagiert hätten.

Sie haben bundesrechtliche Überlegungen zur Haftvermeidung angesprochen. Man muß, so meine ich, das eine tun, ohne das andere zu lassen. Wir setzen hohe Erwartungen daran, daß die neue Bundesregierung - hier: Frau Ministerin Däubler-Gmelin - erste Schritte einleiten wird, alternative Sanktionsformen zur Haft- und zur Geldstrafe zu entwickeln, die vielleicht die Spitze im Zuwachs kappen können. Wir sind aber auch so realistisch und geben uns nicht der Illusion hin, daß das die Belastungssituation mindern wird. Wenn wir es allerdings schaffen könnten, auf diesem Wege den Zuwachs zu stoppen und bei einer durchschnittlichen Belegung unterhalb von 19 000 zu bleiben, wären wir schon ein gutes Stück weiter.

Sie haben schon erwähnt: Unser Sonderbauprogramm sieht Investitionen in Höhe von 75 Millionen DM vor. Frau Kollegin Opladen, daß wir als Lösung Anbauten an bestehende Haftanstalten gewählt haben, hat wahrlich nichts damit zu tun, daß - diesen Popanz bauen Sie immer wieder auf - irgendeine Koalitionsvereinbarung dazu irgend etwas beschreibt. Ich kann Ihnen versichern: Zumindest im Rechtsbereich arbeiten die beiden Koalitionsfraktionen sehr konstruktiv zusammen. Wir haben uns für diese Maßnahmen

entscheiden, weil sie am schnellsten umsetzbar sind. (C)

(Frank Sichau [SPD]: Das ist es!)

Wenn Sie vom Bau einer neuen Haftanstalt sprechen, sollten Sie sich zunächst einmal die Geschichte von Gelsenkirchen-Feldmark, unserer neuesten Anstalt, anschauen. Sie brauchen zehn Jahre, bis eine solche Anstalt am Netz ist. Die Maßnahmen, die wir beschrieben haben, verbinden wir mit der Hoffnung, sie spätestens im Jahre 2002 im Betrieb umgesetzt zu haben und somit wirklich schnell für Entlastung zu sorgen. Dieser Gedanke stand an erster Stelle.

Im Zusammenhang mit der Personalplanung schaffen wir mit dem Haushalt 1999 150 neue Stellen für den Vollzug. In der Endausbaustufe werden es im Vollzug 175 Stellen sein. Als weitere Kompetente unseres Konzeptes haben wir in den nächsten Jahren einen Zugang von 75 Stellen für Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer vorgesehen, um über die Qualitätssicherung bei der Arbeit der Bewährungshilfe vermeiden zu helfen, daß unsere Haftanstalten weiter in dem Maße zulaufen, wie wir das gegenwärtig noch beobachten müssen.

(Beifall bei der SPD)

(B) Meine Damen und Herren, zum Einsatz privater Sicherungskräfte! Frau Kollegin Opladen, Sie halten da an einer Einstellung fest, die Sie anders in unserem Entschließungsantrag nachlesen können. Und es ist ein gemeinsamer Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen, der klar ausführt: im Grundsatz keine privaten Sicherungskräfte in den Justizvollzugsanstalten unseres Landes! Aber in Notsituationen - es war nun einmal vor ein paar Wochen in Essen soweit, daß durch einen wahn-sinnig hohen Krankenstand der Betrieb dieser Anstalt nur noch dadurch aufrechtzuerhalten war, daß man für einige Wochen private Sicherungsdienste hereinnahm - muß diese Möglichkeit vorhanden sein. Ansonsten bekommen Sie ja noch viel größere Probleme.

(D)

Sie sind skeptisch, ob es mit Post- oder Bahnbediensteten klappen kann. - Frau Kollegin Opladen, Sie haben das in Ihrer Rede nicht richtig verglichen. Der Einsatz von Post- oder Bahnbediensteten, der geprüft werden soll, ist die Alternative zu privaten Sicherungsdiensten.

(Robert Krumbein [SPD])

(A) Die eigentliche Grundlage unseres Antrages ist die Schaffung von 145 neuen und gut ausgebildeten Kräften des Allgemeinen Vollzugsdienstes. Aber diese brauchen zwei Jahre Ausbildungszeit, bis sie in den Anstalten eingesetzt werden können.

Und nur um die Überbrückung dieser Übergangsphase geht es. Man kann es mit Angestellten machen, wie Ihr Antrag es fordert, man kann es vielleicht mit Post- und Bahnbediensteten machen; und wenn das alles nicht funktionieren sollte oder wirtschaftlich nicht annähernd vergleichbare Ergebnisse brächte, dann würden wir diese zwei Jahre auch mit Privaten überleben. Denn die Gewißheit bleibt: In zwei Jahren sind die neuen Leute ausgebildet, und dann ist der Einsatz privater Sicherungsdienste spätestens zu Ende.

Im übrigen, Frau Kollegin Opladen, wenn Sie entsprechend Ihrem Antrag diese 7,5 Millionen streichen wollen, dann hätten Sie auch noch 8 Millionen DM in einem anderen Bereich streichen müssen. In Büren nämlich sind die privaten Sicherungskräfte nach wie vor im Einsatz. Und wenn Sie so fies davor sind, private Sicherungskräfte heranzuziehen, dann müßte das doch für alle Anstalten gelten. Oder greift hier ein Zwei-Klassen-Recht nach dem Motto: Abschiebehäftlinge sind etwas anderes als normale Straffällige? Diese Argumentation ist nicht ganz glaubhaft.

(B) Ich will zum Abschluß meiner Ausführungen einen Blick in die Zukunft werfen. Die Belastungssituation in allen Sparten der Justiz wird andauern. Ich glaube, darüber macht sich niemand Illusionen. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung und der neuen Mehrheit im Bundestag schon, daß sie uns helfen, hier Entlastung zu schaffen.

Ich möchte nur ein Beispiel aus den letzten Jahren nennen, und zwar das Betreuungsrecht: Haushalts-Ist nach der Haushaltsrechnung 1993: ganze 13 Millionen DM. Im Haushalt 1999 haben wir, verändert durch die zweite Ergänzungsvorlage, einen Ansatz von 150 Millionen DM, also von weit mehr als dem Zehnfachen! Heute kann noch niemand sagen, ob das ausreicht. In den vergangenen Jahren mußten wir immer überplanmäßige Mittel bereitstellen. Diesem Thema werden wir uns sicherlich zu Beginn des Jahres 1999 im Rechtsausschuß noch einmal widmen.

Unabhängig davon muß aber Nordrhein-Westfalen das, was in seiner Macht liegt, leisten, um Belastungssituationen abzumindern. Ich denke, daß

das von Justizminister Dr. Behrens dem Landtag zugeleitete Eckpunktepapier unter dem Stichwort "Verwaltungsreform" - richtiger wäre: Verwaltungs- und Justizreform - einige wichtige Aussagen beinhaltet. (C)

Wir sind, was Fragen der Haushaltsflexibilisierung und der Budgetierung angeht, auf einem guten Weg. 50 % unserer Behörden sind mittlerweile in der Flexibilisierung. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse der Diskussion, die Herr Ministerpräsident Clement den Vertreterinnen und Vertretern unserer Gerichtsbarkeiten im Hinblick auf mehr Eigenständigkeit für die dritte Gewalt angeboten hat, und kann Ihnen für die SPD-Fraktion versichern, daß wir diese Diskussion offen führen werden und auf die Vorschläge gespannt sind.

Die Reform des Gerichtsaufbaus - Stichwort: Dreistufigkeit -, die Frage der örtlichen Zuständigkeit unserer Amts- und Landgerichte, das wird uns in den nächsten Wochen sicherlich intensiv beschäftigen und zu Standortdiskussionen führen; denn das ist ja das, was Politiker gerne machen: über Standorte zu diskutieren und nicht mehr über die rationale Notwendigkeit, zu neuen Arbeitsstrukturen zu kommen.

Ich kann Minister Behrens an dieser Stelle nur viel Glück wünschen und meine und die Unterstützung der SPD-Fraktion dafür zusagen, daß wir diesen Weg gemeinsam gehen werden. Denn auch die Justiz braucht eine neue Struktur, um den Herausforderungen begegnen zu können. (D)

Deshalb an dieser Stelle die ausdrückliche Anforderung an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Bereichen der Justiz, nicht aus Angst vor Veränderungen an überkommenen Strukturen um jeden Preis festzuhalten. Sie sollten sich einmischen in die Diskussion mit dem Ziel, die erforderlichen Änderungen positiv zu begleiten. Wer nur auf die Wahrung liebgewordener Besitzstände aus ist, wird letztlich zu den Verlierern der Justizreform gehören. Wir wollen keine Verlierer, meine Damen und Herren, wir wollen die Justiz fit machen für ein neues Jahrtausend. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun Frau Kollegin Bainski für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(A) **Christiane Bainski (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Opladen, Sie haben recht: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht nach wie vor kritisch zur Zusammenlegung der beiden Ministerien. Trotzdem, so meine ich, gibt es auch andere Wege, sich damit auseinanderzusetzen, als nur über den Weg des Koalitionsbruchs. Ich denke auch nicht, daß wir das ständig wie eine Monstranz vor uns hertragen müssen, und möchte mich deshalb heute auf das konzentrieren, um was es hier geht, nämlich auf die Befassung mit dem Haushalt.

Der hier zur Beratung vorliegende Justizhaushalt versucht meines Erachtens durchaus glaubwürdig, in Zeiten knapper Kassen den Spagat zu leisten zwischen dem Gebot zu sparen und der Absicherung der Aufgaben der Justiz bei gleichzeitiger Weiterführung von Innovation.

Die Belastung der Justiz ist unverändert hoch. Die Eingangszahlen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften verstetigen sich auf einem sehr hohen Niveau, und in Teilbereichen steigen sie sogar noch. Insofern freue ich mich, daß wir das Programm "Justiz 2003" fortführen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Effizienzsteigerung der Arbeit in den Justizbehörden leisten können.

(B) Es liegen inzwischen erste positive Erfahrungen aus verschiedenen Gerichten darüber vor, wie dieser Prozeß umgesetzt wird. Außerdem werden im Sinne von Modernisierung und Effizienzsteigerung auch die verschiedenen Modellversuche wie z. B. der Haushaltsflexibilisierung, der dezentralen Budgetierung oder einer controllingorientierten Kosten- und Leistungsrechnung noch einmal neue Anstöße geben. Diese Modellversuche finden zur Zeit bei verschiedenen Justizbehörden statt. Darüber wird in Zukunft die Effizienz sicher besser zu gewährleisten sein. Ferner macht die Justiz noch einmal deutlich, daß sie zum Start des neuen Insolvenzrechts ihre Hausaufgaben gemacht hat.

Nun will ich zu dem sicherlich dicksten Brocken der zu lösenden Probleme kommen: den Problemen im Strafvollzug. Es ist richtig: Die Situation in unseren Haftanstalten ist bedrückend. Als wir 1995 mit dieser Regierungskoalition in NRW begonnen haben, hatten wir unter 17 000 Gefangene. Heute haben wir in der Tat zwischen 18 500 und 19 000. Man kann davon ausgehen, daß sich diese Größenordnung in den nächsten Jahren nicht bedeutend verringern wird. Dabei ist auch eine Steigerung nicht ausgeschlossen. Ob das jährlich eine Steigerung von 1 000 sein wird, wie Sie, Frau Opladen, meinen, würde

(C) ich bezweifeln. Eine solche Schraube in der Entwicklung kann man sicherlich nicht unbedingt voraussetzen.

Die momentane Überbelegungssituation führt zu sehr problematischen Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Haftanstalten. Gefangene müssen zu einem großen Teil in sogenannten Notgemeinschaften zu zweit auf einer Zelle von knapp neun Quadratmetern leben. Gemeinschaftszellen, die sonst mit drei Personen belegt werden, sind heute zum Teil mit vier Personen belegt. Das führt zu einem Verlust an Intimsphäre. Wenn man sich so eng "auf der Pelle" hängt, kommt es natürlich auch zu Aggressionsproblemen neuer Art. Auf der anderen Seite sind auch die Bediensteten in besonderer Weise gefordert.

Auf diesem Hintergrund haben wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesagt, die entsprechende Klausel im Koalitionsvertrag ist unrealistisch, wir distanzieren uns davon, und haben den Weg bereitet, über neue Haftkapazitäten zu sprechen. Allerdings ist aus unserer Sicht nach wie vor die Erweiterung der Haftkapazitäten allein nicht das Nonplusultra, um das Problem zu lösen. Vielmehr haben wir in der Regierungskoalition ein mehrteiliges Konzept vereinbart.

(D) Dazu gehören nach wie vor Projekte von Haftvermeidung und auch die Prüfung, ob nicht schon in der U-Haft mehr getan werden kann, ebenso wie die Unterstützung der Debatte um alternative Sanktionsformen und der Täter-Opfer-Ausgleich, der in Nordrhein-Westfalen jetzt langsam angelaufen ist. Er verfügt zum Teil noch über unterschiedliche Akzeptanz. Aber ich verweise auch noch einmal an dieser Stelle darauf, daß Fachleute, wie zum Beispiel Prof. Ostendorf aus Kiel, der Meinung sind, daß bis zu 30 % aller Delikte auf diesem Weg gelöst werden können und nicht unbedingt in einer Freiheitsstrafe enden müssen.

Wir beraten über Alternativen wie Ersatzfreiheitsstrafen und Projekte "Gemeinnützige Arbeit statt Freiheitsstrafe". Gerade die Problematik Ersatzfreiheitsstrafe erheischt auch auf der Bundesebene ein neues Herangehen.

Natürlich sind wir auch daran herangegangen, Haftkapazitäten zu erweitern. Eine Erweiterung hat bereits stattgefunden. Ich erinnere daran, daß Gelsenkirchen-Feldmark am Netz ist und Essen-Alt nicht, wie ursprünglich geplant, geschlossen worden ist und fortgeführt wird. In Euskirchen wird der offene Vollzug erweitert, und es wird eine neue Anstalt für Ersatzfreiheitsstrafen geben.

(Christiane Bainski [GRÜNE])

(A) Hinzu kommt das Sonderbauprogramm mit einem Gesamtinvestitionsbedarf von 75,5 Millionen DM, das auf den Weg gebracht wird. Außerdem gibt es zusätzliche Stellen im Strafvollzug. In einer Zeit, in der es heißt, man müsse alle Stellen einsparen, erweitern wir mit der Koalition den Stellenplan im Strafvollzug. Das ist in der momentanen Situation sicherlich eine besondere Leistung.

Wenn die CDU 240 neue Stellen fordert und als erste Deckung 7,5 Millionen DM anbietet, dann frage ich mich, wie sie das perspektivisch lösen will. Man muß nur einmal nachrechnen, dann weiß man, daß das nicht geht.

Wir werden auch einen Stellenausbau in der Bewährungshilfe durchsetzen. Es freut mich auch, daß es uns gelungen, die freie Straffälligenhilfe in der bisherigen Größenordnung weiter fördern zu können; denn es ist auch wichtig, Maßnahmen zu sichern, die die Begleitung und Beratung von Straffälligen in und nach der Haft im Sinne einer besseren Resozialisierung unterstützen.

Sicherlich ist es eine bittere Pille, daß wir dafür an das Referendariat gegangen sind. Ich halte das aber in dem Rahmen noch für vertretbar, weil die Reform der Juristenausbildung ohnehin ansteht und in Nordrhein-Westfalen die Wartezeiten im Vergleich zu anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Bayern - denken Sie zum Beispiel an München - deutlich geringer sind.

(B) Was die privaten Sicherheitsdienste anbelangt, so wissen Sie, Frau Opladen, daß wir denen gegenüber immer kritisch gewesen sind. Ich habe nicht vollmundig gesagt, wir wollten versuchen, das zu verhindern, sondern wir haben uns in den Verhandlungen dafür eingesetzt, über die Frage der Privatisierung in der Koalition neu nachzudenken. Wir, SPD und GRÜNE, haben mit den Berufsverbänden, mit dem BSBd und der ÖTV, sowie mit Vertretern von Fachdiensten darüber diskutiert und haben jetzt zwei Optionen, die Privatisierung zu verhindern.

Wir können es mit Gestellungsverträgen versuchen. Warum soll dies nicht einen Versuch wert sein? Wir haben die Option, daß auch weiterhin geprüft wird, was die Berufsverbände vorschlagen, zum Beispiel über Vorgriffseinstellungen von Angestellten diese Maßnahmen zu verhindern. Diese Option besteht nach wie vor. Ich erwarte eine korrekte Prüfung, wie sie vereinbart ist. Ich habe keinen Grund, am Wort des Ministers zu zweifeln, daß diese Prüfung korrekt erfolgt.

(C) In unserem Antrag ist klar formuliert: Eine Privatisierung erfolgt allenfalls zeitweise. Das Ziel der Überwindung ist angepeilt. Ich habe nicht die Erfahrung gemacht, daß das bedeutet, daß es dann in jedem Fall kommt, und werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, daß es nicht in jedem Fall kommt. Das können Sie mir glauben.

Des weiteren freue ich mich darüber, daß wir im Strafvollzug nach wie vor auch für die Behandlung von Straftätern - insbesondere von denen mit Sexualdelikten - in Fragen der Therapie weitere Schritte gehen können. So haben wir 200 000 DM zusätzlich, um auch externe Therapeuten hinzuziehen zu können. Durch einen Zufließvermerk haben wir noch einmal Perspektiven für neue Mittel entwickelt.

Ich denke, daß im nächsten Jahr auch die Auswertung des Organisationsentwicklungsprozesses Priorität haben wird. Zehn Arbeitsgruppen haben getagt und Vorschläge gemacht. Es wird darum gehen, auch in Auswertung der Arbeitsergebnisse noch einmal zu prüfen, wie man es unter den schwierigen Bedingungen und auch aufgrund der Tatsache, daß sich neue Haftplätze nicht von heute auf morgen bauen lassen, schaffen kann, nach wie vor einen sinnvollen Behandlungsvollzug zu gewährleisten und in dem Bereich optimal zu arbeiten.

(D) Wir haben in unseren Haftanstalten qualifizierte und motivierte Bedienstete. Wir sind darauf angewiesen, daß diese Motivation erhalten bleibt. Ich sehe zum Beispiel auch in der Frage der Privatisierung einen Punkt, mit dem die Motivation deutlich geschwächt werden könnte. Auch von daher habe ich das Interesse, dies auf Dauer nicht einreißen zu lassen. In den Debatten, die wir mit den Berufsverbänden geführt haben, haben diese gesagt, daß sie mit der jetzigen Regelung, wie wir sie in der Koalition vereinbart haben, gut leben können.

Ich bin sehr optimistisch, daß wir auch in diesem kollegialen Austausch im nächsten Jahr in Fragen des Strafvollzugs weiterkommen werden. Ich denke, daß wir Ihre Ängste, Frau Opladen, diesbezüglich - die werden Sie immer wieder formulieren - nicht abbauen können, aber wir werden uns nicht beirren lassen, weiterhin sinnvolle Konzepte zu erarbeiten. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun Minister Dr. Behrens für die Landesregierung.

Dr. Fritz Behrens, Minister für Inneres und Justiz: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch dieser Teil des Einzelplanes 03, den wir jetzt beraten, nämlich der Justizteil, ist eine zufriedenstellende Grundlage für die Arbeit der Justiz in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr. Klar: Manches könnte mehr und besser sein, aber dies ist keine Zeit, in der Blühträume reifen. Man muß sich vielmehr auf das Machbare konzentrieren.

Ich will meinerseits kurz drei Themen ansprechen, und zwar die Modernisierung der Justiz, die Probleme des Strafvollzuges sowie schließlich die Bewertung der Zusammenführung der Bereiche Inneres und Justiz.

Meine Damen und Herren, die Modernisierung der Justiz, um die wir uns in den vergangenen drei bzw. vier Jahren in Nordrhein-Westfalen sehr intensiv bemüht haben - vor allem bezüglich der technischen Ausstattung der Arbeitsplätze in den Gerichten und der Veränderung der Arbeitsorganisation -, geht mit Macht voran, und zwar mittlerweile auch - ich sage Gottlob - wegen der Vereinbarungen der Bonner Koalition. Diese hat sich vorgenommen, die Strukturfragen vor allem der ordentlichen Gerichtsbarkeit, des Rechtsmittelwesens in Deutschland endlich auf den Prüfstand zu stellen. Das wurde höchste Zeit, und darauf sind wir Länder dringend angewiesen. Wir werden in diesem Reformprozeß der Justiz in Deutschland intensiv mitarbeiten.

(B)

Das schließt nicht aus - oder es setzt gar voraus -, daß wir auch in Nordrhein-Westfalen unseren eingeschlagenen Weg fortsetzen und in der Modernisierung der Arbeitswelt und der Arbeitsweisen der Justiz fortschreiten. Wir hatten im Jahre 1996 beschlossen, bis zum Jahre 2003 das sogenannte Programm "Justiz 2003" umzusetzen und flächendeckend alle dafür geeigneten Arbeitsplätze in der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen mit moderner Informationstechnik auszustatten.

Wir sind mit diesem Programm, meine Damen und Herren, bisher im Plan, und was viele nicht für möglich gehalten hätten, daß nämlich vor allem juristisch und rechtsförmlich denkende Mitarbeiter in der Lage sein könnten, ihre eigene Arbeitswelt auch technisch zu modernisieren, pas-

siert jetzt in unseren Gerichten, Staatsanwaltschaften und im Strafvollzug. Ich bin darüber sehr froh und danke an dieser Stelle ausdrücklich allen sehr engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diesen Prozeß mit Macht und Konzentration vorantreiben.

Es gibt wie überall in der Arbeitswelt auch bei dieser Entwicklung Probleme - das ist klar. Probleme sind aber dazu da, daß sie gelöst werden. Ich bin selber erstaunt darüber, wie gut dieser Prozeß bisher funktioniert. Ich bin sehr zuversichtlich, daß wir die gesteckten Ziele erreichen können. Deshalb bin ich sehr froh, daß es gelungen ist, im Einzelplan 03 wieder 113 Millionen DM im nächsten Jahr für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Meine Damen und Herren, das ist kein Pappenstil, sondern mit Abstand der größte Betrag, der für einen öffentlichen Sektor im Lande Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt wird. Dafür bin ich außerordentlich dankbar.

(Beifall des Edgar Moron [SPD])

Wir wollen diese Mittelausstattung um eine entsprechende Zurverfügungstellung des benötigten Personals und dessen Qualifikation ergänzen, um die Prozesse innerhalb unserer Behörden zu organisieren. Das ist der eine Bereich, auf den ich wenigstens dankbar eingehen wollte.

Ich komme zum Strafvollzug: Es ist keine Frage, Frau Opladen, daß wir eine außerordentlich bedrohliche Entwicklung aufgrund der Belegung der Haftplatzkapazitäten im Lande Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren zu verzeichnen haben. Dies ist eine Entwicklung, die es allerdings nicht nur in unserem Lande gegeben hat, sondern die bundes- und europaweit zu verzeichnen ist.

Wir haben jetzt 18 600 Gefangene in unseren Gefängnissen, und das sind mehr, als die Platzzahlen hergeben. Deshalb brauchen wir dringend eine Kapazitätsausweitung, die jetzt zum einen auf der Basis der Vorschläge der Landesregierung zum Haushalt 1999 und zum anderen auf der Basis der Anträge der Koalitionsfraktionen, beschlossen wurde. Gegen die Anträge habe ich mich selbstverständlich nicht gewehrt, sondern ich bin außerordentlich dankbar für sie, weil sie uns ein großes Stück voranbringen werden.

Wir werden, meine Damen und Herren, die Lösung dieser Probleme nicht auf die lange Bank schieben. Wir werden im Jahre 1999 ganz konkret beginnen und in den Folgejahren weiterma-

(C)

(D)

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A) chen, Kapazitäten aufzustocken. Wir bekommen mit dem Programm, das jetzt mit dem Haushalt 1999 beschlossen werden soll, zusätzliche Haftplatzkapazitäten in einer Größenordnung von 1 100 Plätzen. Das ist genau das, was uns gefehlt hat und was wir gebraucht haben. Das bringt den Bedarf und das Angebot sozusagen wieder ins Gleichgewicht. Dies ist meiner Meinung nach eine gute Voraussetzung, um in den nächsten Jahren die Probleme des Strafvollzuges angehen zu können.

Ich sage ausdrücklich und bestätige das, was in den Beratungen im Ausschuß auch seitens meines Hauses dazu ausgeführt worden ist: Weil der Belegungsdruck so groß ist und weil wir vorhandene Kapazitäten jetzt und nicht erst übermorgen nutzen müssen, brauchen wir private Sicherheitsdienste vorübergehend auch im Strafvollzug. Es ist nun die politische Beschlußlage - auch die der Koalitionsfraktion -, daß wir diese Kräfte durch eigenes Personal ersetzen wollen.

Dafür liefert der Haushalt 1999 - so, wie er im Entwurf vorliegt - eine Grundlage. Ich sage auch hierzu ausdrücklich: Wenn es gelingt, den Personalbedarf auf diese Art und Weise ausreichend zu decken und alle Haftplatzkapazitäten so in Betrieb zu nehmen, dann verzichte ich leichten Herzens auf den Einsatz privater Kräfte. Auch ich halte den Einsatz privater Dienstkräfte im Kernbereich staatlichen Handelns und Eingreifens für nicht unbedingt wünschenswert, sondern ausdrücklich für eine Notmaßnahme, die wir abbauen wollen, sobald die Not gewichen ist. Der Haushalt schafft die Voraussetzungen dafür, daß es mit der Not ein Ende haben wird.

(B) Mit diesen Entscheidungen, meine Damen und Herren, sind Voraussetzungen dafür geschaffen, daß auch in Nordrhein-Westfalen, diesem vorbildlichen Land für einen resozialisierungsorientierten Strafvollzug auf der Basis der politischen Grundlagen von Josef Neuberger, dieser gesetzlich gebotene Behandlungsvollzug weiterhin stattfinden kann.

Die Bemühungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Strafvollzug, sich im Rahmen eines umfassenden Organisationsentwicklungsprozesses - der hier schon angesprochen worden ist - den Herausforderungen zu stellen und auch in Knappheitssituationen zu überlegen, wie sie mit Problemen fertigwerden können, sind große Schritte vorangekommen. Wir werden Ihnen, meine Damen und Herren, im zuständigen Ausschuß

darüber in Kürze Bericht erstatten. Auch für dieses Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bin ich außerordentlich dankbar.

Es ist weit über den Bereich der Justiz hinaus vorbildlich und kann seine Vorbildfunktion auch im weiteren Prozeß der Verwaltungsmodernisierung in Nordrhein-Westfalen entfalten.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Ich denke, die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen haben in einem sehr schwierigen Politikfeld unter außerordentlich schwierigen finanziellen und sonstigen Rahmenbedingungen jetzt mit dem, was im Haushalt vereinbart wird, Handlungsfähigkeit bewiesen und gezeigt, daß der Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen bei uns in sehr guten Händen ist.

(Beifall bei der SPD)

Weil Frau Opladen in - wie ich fand - sehr moralisierender Weise noch einmal die Frage der Zusammenlegung von Innen und Justiz thematisiert hat und so getan hat, als gäbe es keine inhaltliche Auseinandersetzung, keine unterschiedlichen Auffassungen im juristischen und politischen Raum zu dieser Frage, will ich doch darauf hinweisen, daß mitnichten alle etwa einer Meinung seien und die Zusammenfassung für rechtlich oder politisch unmöglich hielten. Das ist eine völlig einäugige Betrachtung.

Meine Damen und Herren! Mir liegt daran, Ihnen einmal Aussagen des ehemaligen Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichtes, eines hochangesehenen Mannes in der Juristenwelt, von Herrn Prof. Sandler zu präsentieren und zu zitieren. Er hat das, was er bisher an Kommentierungen von Juristenkollegen und Politikern hat lesen können, mit folgenden Begriffen belegt - ich meine, das müßte uns ein Stück nachdenklich machen -: Er hat die bisher geführte Debatte in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus als "Gespensterdebatte" bezeichnet. Er hat die Ausführungen als "maßlose Ausfälle" bezeichnet. Er hat sie als kaum noch verständliche Übertreibung gekennzeichnet. Er hat geschrieben, er sei "peinlich berührt" von den Ausführungen seiner Kollegen. Er hat sie als "beleidigende Abwegigkeiten" bezeichnet. Er hat gesagt: Das alles, was hier in der juristischen und politischen Diskussion geschehe, sei "unverantwortlich".

Ich zitiere wörtlich:

"Die Bedenken sind überwiegend nur abstrakt formuliert und berufen sich meist auf unpräzi-

(C)

(D)

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A)

se, nur mit allgemeinen Redensarten verbrämte Grundsätze des Rechtsstaates. Weil hinreichend nebulös und kaum greifbar, lassen sie sich naturgemäß schwer widerlegen. Wo sie konkreter zu werden versuchen, halten sie einer kritischen Bewertung schwerlich stand."

Zum Schluß, meine Damen und Herren - ich bitte, das aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen, ich richte dieses Zitat ausdrücklich an die Opposition hier im Hause - schreibt Prof. Sandler:

"Wenn Vertrauen"

- gemeint ist -

"in die Integrität der Justiz, wirklich verlorengehen sollte, dann meine Damen und Herren, durch das unverantwortliche Gerede derer, die sich für verantwortlich halten."

So weit Prof. Sandler.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Zitat eines hochangesehenen Mannes. Meine Damen und Herren von der Opposition! Sie sollten sich überlegen, ob Sie nicht besser Ihre Klage zurückziehen.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Meine Damen und Herren! Die vereinbarten Redezeiten sind abgelaufen. Ich **schließe die Beratung zu dem Einzelplan 03.**

Wir waren vorher übereingekommen, daß zwischen 13.00 Uhr und 14.00 Uhr keine Abstimmungen stattfinden sollen. Ich stelle aber fest, daß es ein Einvernehmen gibt, diese jetzt doch durchzuführen. Es ist ja auch erst drei Minuten nach 13.00 Uhr.

Ich lasse nun über die vorliegenden Änderungsanträge **abstimmen**, erstens über den **Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 12/3587** - Stichwort "Zusammenlegung des Innen- und des Justizministeriums". Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Zweitens. Ich lasse über den **Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 12/3588** abstimmen - Stichwort "Polizeidichte-Verhältnis ist unzureichend". Wer diesem Antrag zustimmen

möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Drittens. Ich lasse über den **Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 12/3589** abstimmen - Stichwort "Gegen die Privatisierung im Strafvollzug". Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Viertens. Ich lasse über den **Einzelplan 03** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3503** abstimmen. Wer dem die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 03 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **angenommen**.

Ich rufe auf:

Gemeindefinanzierungsgesetz 1999

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3517** und den **Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/3590**.

Ich **eröffne die Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Leifert das Wort.

(Vorsitz: **Präsident Ulrich Schmidt**)

Albert Leifert (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts. Das gilt wie im persönlichen Leben insbesondere für die Politik vor Ort, für die Politik mit dem Bürger für die Bürger; das gilt ganz besonders für die Kommunalpolitik.

Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor schwierig. Auf der Einnahmeseite sind auch in Zukunft kaum Verbesserungen zu erwarten. Eher wird durch die rot-grüne Gesetzgebung in Bonn das Gegenteil eintreten.

Seit Jahren fahren die Kommunen in Nordrhein-Westfalen insgesamt einen strikten Sparkurs.

(C)

(D)